

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzende der FDP

**Festrede
zur Abschlussfeier der Diplom-Politologen
des Otto-Suhr-Institutes der FU Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich Sie ganz herzlich beglückwünschen zum erfolgreichen Abschluss Ihres Studiums an dem größten politikwissenschaftlichen Institut Deutschlands, dem Otto Suhr Institut an der Freien Universität Berlin, beglückwünschen.

Sicherlich erwarten Sie nicht, dass ich Ihnen heute einen vergleichenden Blick auf Absolventenstudien sozialwissenschaftlicher Jahrgänge präsentiere. Sie kennen sicherlich die letzte Studie des Wissenschaftsrats, die die Berufsaussichten von Sozial- und Geisteswissenschaftlern recht positiv bewertet und gerade ihre wichtige gesellschaftliche Verantwortung hervorhebt. Und ich kann hier und heute kaum verschweigen, dass ich während meiner gesamten hauptamtlichen Tätigkeit die Arbeit von Sozial- und Geisteswissenschaftlern sehr zu schätzen gelernt habe. Das betrifft besonders die Arbeit in der FDP-Bundestagsfraktion und in der FDP-Parteizentrale, dem Thomas-Dehler-Haus.

Thomas Dehler studierte zwar Rechts- und Staatswissenschaften in München und nicht an dem Vorgängerinstitut der Freien Universität, der „Deutschen Hochschule für Politik“ hier Berlin. Aber es gab etliche Verbindungen des verstorbenen FDP-Vorsitzenden zu der „Deutschen Hochschule für Politik“. Schließlich war es Friedrich Naumann, der 1918 seinen langgehegten Wunsch mit finanzieller Unterstützung des Industriellen Robert Boschs eine so genannte „Staatsbürgerschule“ in die Realität umsetzen konnte. Und beide, Friedrich Naumann wie Thomas Dehler, waren Mitglieder der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei. Während Thomas Dehler als Mitbegründer der bayerischen FDP und Bundesjustizminister die Einigung aller liberalen Tradition in Form der FDP nach Ende des zweiten Weltkriegs gestalten konnte, verstarb Friedrich Naumann bekanntlich früh im Alter von 59 Jahren, 1919.

Beide, Friedrich Naumann und Thomas Dehler, verkörpern nicht nur die beeindruckende liberale Tradition. Sie stehen im Rückblick auf das Schisma des deutschen Liberalismus von 1866 für den Versuch, in der komplexen Industriegesellschaft von heute angemessene Antworten auf die sozialen Fragen der Zeit zu finden.

Karl-Hermann Flach, stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau, langjähriger Generalsekretär meiner Partei und Wegbereiter der Freiburger Thesen, prägte für eine ganze Politikergeneration in meiner Partei diesen sozial sensibilisierten Liberalismus.

Karl-Hermann-Flach war übrigens Absolvent hier am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität.

Thomas Dehler, Friedrich Naumann und Karl-Hermann Flach eint nicht nur - das meiner Meinung nach zugleich in vielen Teilen heute moderne - Verständnis einer bewussten liberalen ideengeschichtlichen Entwicklungslinie.

Gemeinsamkeiten gibt es auch hinsichtlich der Vorstellungen ihrer politischen Tätigkeit.

Liebe Absolventinnen und Absolventen,

mit dem Kern und Wesen von politischer Tätigkeit möchte ich mich heute im Rahmen meines Festvortrages beschäftigen. „Politik als Beruf - Anspruch und Wirklichkeit“, so habe ich heute den Titel meines Vortrages formuliert.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich habe den Titel „Politik als Beruf“ bewusst im Rückgriff auf Max Weber gewählt.

Max Weber, gehört – vielmehr muss ich ja heute sage gehörte - nicht nur zu den „Klassikern“ Ihres Studiums. Er ist auch mehr als einer der Wegbereiter der modernen Sozialwissenschaften.

Max Weber war Friedrich Naumann über die Evangelisch-Sozialen Kongresse freundschaftlich verbunden. Er war neben dem ersten Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), Friedrich Naumann, neben Theodor Heuss und Thomas Dehler für einige Zeit Mitglied eben jener Deutschen Demokratischen Partei.

Genau genommen war er Gründungsmitglied der DDP, die 1918 auf den Aufruf Theodor Wolffs, der übrigens u.a. auch von Albert Einstein unterzeichnet war, entstand.

Sicherlich brauche ich Sie, sehr geehrte Absolventinnen und Absolventen, nicht auf die Politischen Schriften Max Webers hinweisen. In ihnen setzte er sich vor allem seit 1917 für Strukturreformen der politischen Institutionen in Deutschland ein. Ich möchte an dieser Stelle auch nicht auf die Fachdiskussion, ob Max Weber überzeugter Anhänger der Demokratie war, eingehen, wenn ich auch zugeben muss, dass ich die Auffassung Iring Fetschers und Wolfgang Mommsens teile, die diese Frage bejahen.

Max Weber drängte es auch in die Politik, daher meine kursorische Bemerkung zu dem Gründungsauftrag Theodor Wolffs. So bemühte sich Max Weber in Frankfurt darum, als Kandidat nominiert zu werden, scheiterte aber an den Parteimatadoren. Das war damals nicht anders als heute.

Max Webers politisches Engagement eröffnet die Möglichkeit, sein komplexes und – alles andere wäre schließlich verwunderlich – unterschiedlich rezipiertes Werk anhand von drei politischen Leitfragen zu identifizieren.

Erstens: Ist die Wissenschaft das Mittel zur Lösung praktischer, also moralischer und politischer Probleme? Also die Frage, ob eine in diesem Sinne politische Wissenschaft nur scheinbar Politik durch die wissenschaftliche Verwaltung ersetzt. So gesehen hätte man die Freiheit des wertenden Urteils verloren und sich dafür ein weiteres Stück bürokratischer Rationalisierung eingehandelt.

Zweitens: Die Frage, ob Kultur insgesamt aus solchen Werturteilen, also aus Entscheidungen für bestimmte Deutungen der Wirklichkeit entsteht, oder ob sie umgekehrt Ausdruck von Interessen ist.

Schließlich drittens: Wenn die Religion kraftlos geworden ist und die Wissenschaft den Menschen nicht sagen kann, was sie tun sollen, was leistet dann die Politik?

Die dritte Frage ist es, die mich heute interessiert und die ich den Mittelpunkt meiner Überlegungen stellen möchte.

Diese Frage möchte ich als Politikerin diskutieren, daher meine Eingangsbemerkungen, denen ein spezifisch liberales Verständnis von Politik als normativem Fundament zugrunde liegt. Ich muss aber um Verständnis bitten, dass ich anders als z.B. in einer Vorlesung dieses normative Fundament nur cursorisch offen legen und diskutieren kann.

Stattdessen möchte ich die Aussage „Politik ... mein Beruf“ umformulieren: „Politik ... Gedankenstrich ... mein Beruf ... Fragezeichen“.

Das Fragezeichen müsste ich unwillkürlich hinter dieses Motto setzen. Denn, hätten Sie mich unvorbereitet mit der Frage nach meinem Beruf konfrontiert, hätte ich sicherlich mit einer Antwort gezögert. Kaum hätte ich mit der prompten Antwort aufgewartet, ich sei von Beruf Politikerin.

So fordert das Fragezeichen mich als Referentin auf zu fragen, was im eigentlichen Sinne Inhalte und Ziele jener Tätigkeiten sind, die gemeinhin als „politische“ bezeichnet werden.

Das Fragezeichen fordert auf, sich selbst Klarheit zu verschaffen, ob überhaupt und wenn ja, in welchem Sinne, diese Tätigkeit als professionell bezeichnet werden kann. Was eigentlich bedeutet es, Politik zu machen? Was ist der Inbegriff von Politik? Was kann als Kern und Wesen des Politischen identifiziert werden?

Ist es, wie manche Politologen sagen, wirklich das Wesen jeder Politik, die eigene Macht alleine mit dem Ziel zu festigen, nach Innen den eigenen Interessen und – damit verschränkt – nach Außen den nationalen Interessen Geltung zu verschaffen?

Oder ist es gar das Wesen des Politischen, wie die heute wieder an trauriger Popularität gewinnende Lehre des Carl Schmitt besagt, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden?

Ergibt sich demnach Politik alleine aus der Spannung zwischen Freund und Feind, zwischen Fremd und Nicht-Fremd? Etwa in dem politischen Sinne, wie Moral aus der Spannung zwischen Gut und Böse? Etwa wie Ästhetik aus der Spannung zwischen Schön und hässlich zu entspringen scheint?

Ist Politik dem Wesen nach, wie andere kluge Menschen meinen, alleine durch das Handeln für und Streben nach Gerechtigkeit bestimmt?

Oder wird hier nur das eigentlich „Politische“, nämlich die Frage danach, was Gerechtigkeit und was Gemeinwohl ist, weise außen vor gelassen?

Oder ist Politik gar nur noch eine Art Verwaltung, weil Demokratie, wie der Staatsrechtler Hans Kelsen meinte, eine „führunglose Staatsform“ sei, in der allein und überall das gesetzte Recht regiert und Politik insofern keiner Macht bedürfe?

Oder hat ein Erklärungsansatz Gültigkeit, der in unseren Tagen in einer ähnlichen, doch nicht so radikalen Form bei Karl Popper wiederkehrt, der Politik im Kern auf Krisenmanagement verdünnt, auf eine soziale Technologie, die das, was aufgrund des Sachzwangs sowieso geschehen wird, perspektivlos nur in sozialverträglich akzeptable Bahnen lenkt?

Ich gestehe, sehr geehrte Damen und Herren, ich könnte Ihnen zwar am Beispiel demonstrieren, mit welcher Art von Tätigkeit der Tagesablauf einer Politikerin gefüllt ist. Doch nach dem Kern und Wesen dieser Arbeit, nach dem Wesen des „Politischen“ befragt, müsste ich die schlüssige Antwort schuldig bleiben.

Vielleicht ist Politik als Tätigkeit gerade dadurch ausgezeichnet, dass sie von vielen, von mehr noch als den hier nur beispielsweise angesprochene Aspekte lebt und sich der überschaubar klaren Definition entzieht.

Natürlich hat Politik als Tätigkeit mit Macht zu tun, aber doch sicher nicht in einem Sinne, als sei der Machtersatz nicht ein bloßes Instrument, sondern schon der End- und Selbstzweck jeder Politik.

Natürlich wird Politik als Tätigkeit auch von Partikularinteressen und vom Eigennutz politischer Akteure mitgeprägt, doch kann dies wohl kaum in einer derart platten Weise legitim sein, als sei die Summe der Politikerinteressen gewissermaßen automatisch mit Gemeinwohl gleichzusetzen.

Auch mag Politik als Tätigkeit hin und wieder in die Lage kommen, sich mit Gewalt des inneren oder äußeren Feindes zu erwehren, diesen Zustand aber als das permanente Trauma, als den Regelfall, als das Wesen des Politischen zu stilisieren, ist meiner Ansicht nach verwerflich.

Natürlich ist Politik als Tätigkeit den Zielen des Gemeinwohls und der Gerechtigkeit verpflichtet, aber doch sicher nicht in einem Sinne, als wären es nun gerade die Politiker, die wüssten, was als gerecht und was als ungerecht zu gelten habe.

Auch hat Politik mehr als mir lieb ist mit Verwaltung und bloßem Krisenmanagement zu tun, dennoch ist und kann dies, also der Verzicht auf jedes Kreative, auf jedes Perspektivisch-Visionäre, nicht ihr eigentliches Wesen sein.

Wie gesagt, ich denke, dass Politik als Tätigkeit durch keine dieser hier als Beispiel angeführten Definitionsversuche hinreichend gut beschrieben ist.

Vielleicht, und das wäre meine These, ist Politik gerade dadurch ausgezeichnet, dass ihr eigentlicher Kerngehalt nicht zu generalisieren ist.

Vielleicht ist es geradezu ihr Wesentlichstes von den jeweils subjektiven Zielen, Haltungen, Überzeugungen und Meinungen der sie realisierenden Akteure, also

von den individuellen Eigenschaften des jeweils einzelnen Politikers, bestimmt zu sein.

Ähnlich, aber doch nicht ganz so schwierig, scheint es, hinreichend klar zu fassen, was im Zusammenhang mit unserem Thema der Terminus „Beruf“ bedeutet.

Ist mit Beruf, wie es die heute gängige Beschreibung nahe legt, ein Muster spezialisierter Tätigkeit gemeint, auf welches hin Politiker eingeübt und ausgebildet sind, und das sie zum Zwecke einer dauerhaften materiellen Bedürfnisbefriedigung übernehmen?

Oder ist „Beruf“ eher im Sinne von „Berufung“ aufzufassen, wie es durch die sprachliche Herkunft angedeutet wird, womit eine geradezu metaphysische Beziehung des Politikers zu seinem Tun zu unterstellen wäre?

Oder hat „Beruf“ in unserem Zusammenhang gar mit jenen mittelhochdeutschen Wurzeln des Begriffs zu tun, wo „Beruf“ noch die Bedeutung von gesellschaftlicher Stellung, persönlichem Ansehen, kurz, von „Leumund“ aufzuweisen hätte?

Oder ist es so, wie es das lateinische Äquivalent des deutschen „Berufs“, wie es „Profession“ nahe legen könnte, dass nämlich der, der beruflich Politik betreibt, jemand ist, der öffentlich für etwas ein- und geradesteht?

Bezogen auf die Politik, sehr geehrte Damen und Herren, hat auch der Begriff „Beruf“ etwas von dem Unbestimmten, was uns schon bei dem Versuch begegnet, Politik in ihrem Kern zu fassen.

Ich denke, auch hier ist mit einer übersubjektiven Generalisierung das Verhältnis des Politikers zu seiner Tätigkeit nur unzulänglich zu beschreiben.

Gewiss gibt es Politiker, die anhand der Politik als Tätigkeit, direkt oder indirekt, primär oder gar ausschließlich, nichts weiter als ihr materielles Dasein abzusichern suchen.

Auch mag es solche geben, die sich mit höheren, pastoralen Weihen ausgestattet sehen und sich dazu berufen fühlen, die profane Welt geistig und moralisch umzuwenden.

Und sicher gibt es den Politiker, der seine Tätigkeit im Sinne einer Profession begreift, der also mit seiner Tätigkeit für eine bestimmte Sache ein- und geradestehen möchte.

Und es gibt auch sicher die Politiker, die mit ihrem Tun und Lassen gesellschaftliche Anerkennung zu gewinnen suchen, obwohl diese gerade heute angesichts der wenig guten Meinung der Bevölkerung, wie sagt man, besonders schlechte Karten haben.

Da also schon nicht klar ist, was Politik als Tätigkeit im eigentlichen Sinn bedeutet, kann mit dem Anspruch allgemeiner Gültigkeit auch kaum erwiesen werden, was ihre Professionalisierung heißen soll, zumal das Verhältnis des Politikers zu seiner Tätigkeit ebenfalls im subjektiven, unbestimmten bleibt.

Vielmehr glaube ich, dass die je individuelle Fassung des Politischen verbunden mit der je individuellen professionellen Haltung des Politikers zu seiner Tätigkeit, die wesentlichen Aspekte jenes individuellen Bildes sind, das die Bürger sich vor Augen führen, wenn sie den einzelnen Politiker als einen guten oder schlechten zu bewerten haben.

In diesem Resultat schimmert die Metapher von der „Einsamkeit des Politikers“ durch, die vor vielen Jahren von Dieter Lattmann eindrucksvoll beschrieben wurde.

Das heißt, dass anders als in manchen anderen Lebenssituationen, die Qualität und Güte des politischen Systems soweit Politiker betroffen sind von unseren Bürgern nicht mit Hilfe vorgefertigter Schablonen ausgemessen werdend.

Vielmehr scheint es so zu sein, dass ein Politiker gerade dann und wohl zu Recht in den Augen unserer Bürger an Überzeugungskraft gewinnt, wenn er Selbständigkeit im Denken und im Handeln wahrhaft demonstrieren kann.

Es liegt auf der Hand, dass sich diese Forderung leider nicht besonders gut mit den Interessens- und den Machtstrukturen im Innern unserer Parteien deckt. Aber dies ist ein neues, gleichwohl bedeutungsvolles Thema, das aber hier nicht zu behandeln ist. Doch, sehr geehrte Damen und Herren, wenn diese Hypothese richtig ist, dann wäre die nicht zu leugnende politisch schlechte Stimmung und Verdrossenheit der Bürger, auch jenen konfliktscheuen, immer windschlüpfriig angepassten Vertretern meiner Spezies anzulasten.

Dann müssten wir im Interesse der politischen Kultur in Deutschland gemeinsam wieder dafür sorgen, dass statt des heute verdächtig exzessiv gelobten Pragmatismus in der Politik allmählich wieder jene Kräfte stärker würden, die ihre Politik am Grundsatz, an Perspektiven und an Visionen orientieren.

Denn ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich sage, dass Pragmatismus allzu oft nichts weiter ist als Aktivismus, der nicht selten nur spontane Handlungsfähigkeit bekunden soll, auch dann, wenn größere Sorgfalt und Behutsamkeit am Platze wäre.

Pragmatismus, sehr geehrte Damen und Herren, ist viel zu oft die Tarnung für ausgesprochen schlechte Kompromisse und allzu häufig das natürlich nicht gezeigte Eingeständnis von Rückgrat-, Grundsatz- und von Perspektivenlosigkeit.

Im Interesse unseres politischen System und unserer politischen Kultur müssten wir Politiker wieder wahre Dialoge mit den Bürgern führen können, um weder in die Attitüde eines elitären Machers, noch in die des Populisten zu verfallen.

Politiker müssten sich wieder stärker als die „Mediatoren“ sehen, die die partikularen Sorgen und Belange unserer Bürger in verallgemeinerbare umzuwandeln sich bemühen.

Das aber heißt vor allem, der in unserem Lande bedrohlich wachsenden Tendenz zum Populismus zu entsagen, der sich das entlarvend-treffend formulierte, dennoch verantwortungslose Ziel zu setzen scheint, „die Lufthoheit über den Stammtischen“ zu verlieren.

Es ist aber, wie der Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde treffend sagt, „Eine klassische Fehlleistung, ... wenn die Politiker bei Demoskopern erfragen, was sie wollen sollen, um die nächste Wahl zu gewinnen“.

Max Weber hat gesehen, dass gute Politik nur mit leidenschaftlicher Hingabe an die Sache mit Verantwortung den Bürgern gegenüber und mit besonnen-abwägender Haltung gegenüber der jeweils aktuellen Situation zu machen ist.

Derart gute Politik ist aber, so Max Weber, ohne Glauben und Ideen nicht zu leisten. Wo Glauben und Ideen fehlen, „lastet der Fluch kreatürlicher Nichtigkeit auch auf dem äußerlich stärksten politischen Erfolg“.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich hoffe, dass ich durch meinen kleinen Vortrag Ihnen etwas mit auf den beruflichen oder weiteren akademischen Weg geben konnte. Lassen Sie mich an dieser Stelle Ihnen nochmals alles Gute in diesem Sinne wünschen.